

**Antrag 309/I/2020****ASF Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Reißverschluss als Grundprinzip sozialdemokratischer Politik festschreiben!**

1 Der Landesparteitag fordert die Statutenkommission der  
 2 SPD Berlin auf, eine Regelung zur Umsetzung von § 4\*  
 3 Wahlordnung (Wahlo) zu erarbeiten.

4

5 Die Wahlordnung hat klarzustellen, dass die Verletzung  
 6 des Reißverschlusses bei Wahllisten für staatliche und  
 7 parteiinterne Wahlen immer Sanktionen auslöst.

8 1. Die Umsetzung der Wiederholung der Wahlen – ggf.  
 9 mit Festlegung einer Wiederholungsfrist.

10 2. Bei keiner erzielten Einigung im SPD Landesvorstand  
 11 zur Wiederholung der Wahlen, muss über den Fall  
 12 eines statuarischen Verstoßes durch die Schieds-  
 13 kommission - § 1 Absatz 1 Schiedsordnung – ent-  
 14 schieden werden. Dies ist entsprechend statuarisch  
 15 zu ergänzen.

16 3. § 4\* Wahlo möge daher folgendermaßen ergänzt  
 17 werden: „Die Aufstellung der Bezirkslisten für die  
 18 Abgeordnetenhauswahlen und der Bezirkswahlvor-  
 19 schläge für die Wahlen zu den Bezirksverordne-  
 20 tenversammlungen erfolgt nach Geschlechtern ab-  
 21 wechselnd, beginnend mit dem Spitzenkandida-  
 22 ten oder der Spitzenkandidatin. Eine Abweichung  
 23 von der alternierenden Kandidat\*innenaufstellung  
 24 stellt eine Verletzung von Bestimmungen der Par-  
 25 teisatzung dar.“

26

27 Es ist bei § 11 (2) zu ergänzen: Anfechtungsberechtigt sind:

28 1. f) bei Nichteinhaltung von § 4\* die Arbeitsgemein-  
 29 schaft Sozialdemokratischer Frauen der betreffen-  
 30 den Gliederung und höherer Gliederungen.

31

**Begründung**

32 Die SPD hat sich in ihrer langen Geschichte stets von  
 33 unverrückbaren Prinzipien bei ihren politischen Entschei-  
 34 dungen leiten lassen. Sie hat wichtige gesellschaftliche  
 35 Reformen angestoßen und sich auch bei entgegenstehen-  
 36 den juristischen Argumenten nicht davon abhalten las-  
 37 sen, für ihre Grundsätze zu kämpfen. Beispiele sind die  
 38 Änderung des Abtreibungsrechts oder die Einführung des  
 39 Mietendeckels.

40 Unsere Rechtsordnung muss immer verfassungsgemäß  
 41 sein. Doch Verfassungs- und Rechtmäßigkeit wird letzt-  
 42 lich durch Gerichte entschieden, die dem Gesetz- oder  
 43 Satzungsgeber einen positiven Gesetzgebungsspielraum  
 44 geben. Wie genau der rechtliche Rahmen auszulegen  
 45 ist, entscheiden Gerichte. Jurist\*innen (und häufig auch  
 46 Gerichte) haben verschiedene, sich oft widersprechende  
 47 Meinungen, wo dieser Rahmen genau anfängt. Diese un-

49 eindeutigen Auslegungen dürfen also nicht Basis politi-  
50 scher Arbeit werden. Stattdessen müssen wir, um poli-  
51 tisch Arbeits- und Gestaltungsfähig zu sein, das Risiko ein-  
52 gehen von Gerichten zurückgewiesen zu werden. Eine Par-  
53 tei mit Innovationsanspruch legt in ihren eigenen partei-  
54 internen Regelungen den Grundstein für die gesellschaft-  
55 lichen und rechtlichen Veränderungen, die sie auf dem  
56 Weg zu mehr Gerechtigkeit für gefordert sieht. Sie ist da-  
57 mit der Gesetzgebung voraus, auf die sie hinwirkt (z.B. Pa-  
58 rität).

59 Die Einführung einer Hintertür zur Billigung von unter  
60 Verstoß gegen § 4 Wahlordnung (WahlO) zustande ge-  
61 kommener Listen lehnen wir ab.

62 Wir stehen zu unseren Grundsätzen und politischen Über-  
63 zeugungen und wollen, dass unsere strukturellen Ord-  
64 nungsprinzipien dies in unseren Statuten widerspiegeln.

65 Wir halten ein Anfechtungsrecht seitens der ASF neben  
66 den bestehenden Anfechtungsmöglichkeiten in Fällen, in  
67 denen gegen die Quotierung oder den Reißverschluss ver-  
68 stoßen wurde, für ein wichtiges Instrument einer neuen  
69 Regelung.